Antrag Mikromezzaninbeteiligung

In diesem Antrag wird zur Wahrung der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit ausschließlich die männliche Schreibweise verwendet, die die weibliche Form mit einschließt.

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Berlin-Brandenburg GmbH
Geschäftsstelle Berlin:
Schillstraße 9
10785 Berlin

Ansprechpartner	
Kreditinstitut/ Mikrofinanzinstitut	
ggf. Bankleitzahl	
Ist Schufa-Mitglied	☑ Ja ☐ Nein
Aktenzeichen	
Bearbeiter	
Telefon/Fax	
E-Mail	

Beteiligungsantrag MikromezzaninMikromezzaninbeteiligung aus dem Europäischen Sozialfonds

Beteiligungsbetrag (max. 50 TEUR) in EUR		Laufzeit in Jahren (max.10)	

1. Unternehmen

a) Name		g) Gründungsdatum	
b) Rechtsform		h) Stammkapital (EUR)	
c) Sitz (Adresse)		i) Telefon	
d) Internet		j) Mobil	
e) E-Mail		k) Fax	
f) Unternehmens-gegenstand			
l) Verbundene/nahestehende Unternehmen gem. § 19 Abs. 2 KWG			

2. Gesellschafter

Name, Vorname	Wohnsitz	Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit Familienstand bzw. Rechtsform	Tätigkeit im Unternehmen ggf. Höhe der Beteiligung (%/absolut)

3. Vorhaben

a) Projektart (z.B. Gründung, Übernahme, Betriebsmittel, Investitionen, Existenzfestigung)			
b) Kurze Beschreibung des Vorhabens			
c) Investitionsort	☐ wie Unternehmenssitz	☐	
d) Arbeitsplätze gesamt		davon neu	
e) davon Ausbildungsplätze		davon neu	

Zusätzliche Angaben zum Vorhaben
f) Fachliche und kaufmännische Eignung bzw. Erfahrungen des Unternehmers
g) Produkte und Leistungen
h) Markt/Wettbewerb/Kunden/Angaben zur Auftragssituation und zum Auftragsbestand in TEUR sowie Angaben zum Vertrieb

i) KK/Aval-Kreditlinie besteht	☐ Ja ☐ Nein	KK-Höhe (EUR)		Aval-Höhe (EUR)		
j) Zielgruppe[1] (Mehrfachnennungen sind möglich)	☐ Unternehmensleitung mit Migrationshintergrund	☐ Gründung aus Arbeitslosigkeit	☐ Unternehmensleitung mit Frauenbeteiligung	☐ Gewerbliches Sozialunternehmen	☐ Umweltorientierter Unternehmenszweck	☐ Keine der vorgenannten

[1] Diese Abfrage erfolgt zur statistischen Auswertung des Förderzweckes. Die vier genannten Gruppen gehören zur primären Zielgruppe der ESF Förderung. Voraussetzung für eine Förderung ist die Zugehörigkeit zu einer der Gruppen allerdings nicht.

Definition des Begriffs Migrationshintergrund im Sinne der Förderung:
- Ich bin nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert
- Ich bin in Deutschland geborener Ausländer
- Ich bin in Deutschland als Deutscher geboren und habe zumindest einen nach 1949 zugewanderten Elternteil
- Ich bin in Deutschland als Deutscher geboren und habe zumindest einen als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil

4. Zusätzlicher Finanzierungsbedarf*

Besteht der Bedarf zur Beantragung von Bürgschaften oder wurden bereits Bürgschaften beantragt? *ein separater Antrag ist notwendig	☐ Ja Betrag/Laufzeit:	
	☐ Nein	

5. Mittelverwendung

Mittelverwendung	Betrag (EUR)

6. Mittelherkunft

Mittelherkunft	Betrag (EUR)

7. Weitere einzureichende Unterlagen

Unternehmen

Angaben zum Antragssteller bzw. dem Antrag stellenden Unternehmen und deren Gesellschaftern	beigefügt
a) Gesellschaftervertrag, Handelsregisterauszug, Verbundene Unternehmen	☐
b) Selbstauskunft des Beteiligungsnehmers/geschäftsführenden Gesellschafters	☐
c) Ausweiskopien der Gesellschafter/Inhaber/Beteiligungsnehmer	☐
Wirtschaftliche Verhältnisse	
d) Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre/Einnahmenüberschussrechnung	☐
e) Aktuelle BWA (einschl. Summen- und Saldenliste)	☐
f) Letzter Einkommenssteuerbescheid des Beteiligungsnehmers (soweit natürliche Person)	☐
g) Rentabilitätsplanung	☐
h) Kreditspiegel unter Berücksichtigung der gesamten Kreditverpflichtungen des Antragstellers inkl. Neuantrag als Nachweis der Kapitaldienstfähigkeit	☐
Ergänzende Verträge und Angaben	
i) SEPA-Mandat (siehe separates Formular)	☐

Gründer

Angaben zum Antragssteller bzw. dem Antrag stellendem Unternehmen und deren Gesellschaftern	beigefügt
j) Gesellschaftervertrag, Handelsregisterauszug, Verbundene Unternehmen	☐
k) Selbstauskunft des Beteiligungsnehmers/geschäftsführenden Gesellschafters	☐
l) Ausweiskopien der Gesellschafter/Inhaber/Beteiligungsnehmer	☐
m) Vorhabensbeschreibung/Unternehmenskonzept/Businessplan/Rentabilitätsplan	☐
n) Schufa-Erklärung (entfällt bei paralleler Antragsstellung bei der Bürgschafts- oder Hausbank)	☐
Ergänzende Verträge und Angaben	
o) SEPA-Mandat (separates Formular)	☐

Diese Beteiligung wird auf Basis des „Mikromezzaninfonds“ mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds ermöglicht.

Ort, Datum	*Unterschrift des/der Beteiligungsnehmer(s)/Antragsteller(s)*

8. Subventionserhebliche Tatsachen/Beihilfen

Mir/uns ist bekannt, dass den Mikromezzaninbeteiligungen der MBG Subventionen des Europäischen Sozialfonds zugrunde liegen. Sie sollen gewährt werden, um die Eigenkapitalausstattung und Kreditfähigkeit kleiner und mittlerer mittelständischer Unternehmen zu erhöhen. Ich bin/wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns zu den Textziffern 1a-c, f, l, 2, 3a-e, g, i, 4 bis 6, 7a-b, d-h, j-n, 8, und 12b angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind. Mir/uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB bekannt. Auf die besonderen Mitteilungspflichten nach § 3 Subventionsgesetz bin ich/sind wir hingewiesen worden. Eine Garantieübernahme erfolgt nach den geltenden EU-Bestimmungen.

Ich bin/wir sind darüber unterrichtet, dass neben den oben genannten Angaben auch die folgenden Angaben über die im laufenden Kalenderjahr sowie in den vergangenen zwei Kalenderjahren erhaltenen/beantragten Beihilfen und über zurzeit laufende Beihilfeanträge des antragstellenden Unternehmens und verbundener Unternehmen im Rahmen der Beihilfengewährung subventionserheblich gemäß § 264 StGB sind.

Das antragstellende Unternehmen erklärt Folgendes:

Diese Erklärung bezieht sich sowohl auf Beihilfen, die Sie oder Ihr Unternehmen direkt erhalten bzw. beantragt haben, als auch auf Beihilfen, die ein verbundenes Unternehmen beantragt bzw. erhalten hat. Nachfolgende Kriterien definieren, ob weitere Unternehmen zu dem gesamten Unternehmensverbund als einziges Unternehmen hinzuzurechnen sind und bei der Angabe der erhaltenen Beihilfen berücksichtigt werden müssen.

Das Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens.

Das Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen und abzuberufen.

Ein Unternehmen ist aufgrund einer vertraglichen Regelung oder einer Bestimmung in der Satzung berechtigt, beherrschenden Einfluss auf das antragstellende Unternehmen auszuüben.

Das Unternehmen ist Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens. Die Erklärenden üben gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern eines anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.
Das Unternehmen steht über andere Unternehmen oder mehrere andere Unternehmen in einer der oben genannten Beziehungen.

Sofern die aufgeführten Sachverhalte (auch nur das Vorliegen eines Kriteriums ist ausreichend) zutreffend sind, sind sämtliche Beihilfen der verbundenen Unternehmen und des antragstellenden Unternehmens nachfolgend zu berücksichtigen.

Zu beachten bei Fusionen/Übernahmen und Betriebsaufspaltungen:

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen zuvor gewährt wurden, herangezogen werden, um zu ermitteln, ob eine neue De-minimis-Beihilfe für das neue bzw. das übernehmende Unternehmen zu einer Überschreitung des einschlägigen Höchstbetrages führt. Die Angaben sind in der untengenannten Tabelle aufzuführen.

Liegt eine Unternehmensaufspaltung vor, so werden die De-minimis-Beihilfen, die dem Unternehmen zuvor gewährt wurden, demjenigen Unternehmen zugewiesen, dem die Beihilfe zugutekommt. Ist die Zurechenbarkeit nicht möglich, werden die Beihilfen den neuen Unternehmen auf der Grundlage des Buchwertes ihres Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung zugewiesen.

☐ Das Antrag stellende Unternehmen bzw. ein verbundenes Unternehmen sind im Bereich des gewerblichen Straßengüterverkehrs tätig Speziell der Erwerb von Fahrzeugen für den gewerblichen Straßengüterverkehr ist gemäß den europarechtlichen Bestimmungen nicht förderfähig. Bei einer Tätigkeit in diesem Bereich ist eine weitere Prüfung erforderlich.

☐ Ich habe/wir haben im laufenden Kalenderjahr sowie in den zwei vergangenen Kalenderjahren **keine Beihilfen** erhalten oder beantragt. Beihilfebescheinigungen werden nachgereicht.

☐ Nachfolgend bestätige ich, dass ich beziehungsweise das Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren folgende **De-minimis-Beihilfen**

1. im Sinne der Verordnung (EG) Nummer 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 379/5 vom 28. Dezember 2006, oder im Sinne der Verordnung (EG) Nummer 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 352/1 vom 24. Dezember 2013,

2. DAWI-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 114/8 vom 26. April 2012,

3. De-minimis-Agrar-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis Beihilfen im Agrarsektor, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 352/9 vom 24.12.2013, bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1535/2007 der Kommission vom 20.Dezember 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis Beihilfen im Agrarerzeugnissektor, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 337/35 vom 21.12.2007,

4. De-minimis-Beihilfen Fischerei und Aquakultur im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 875/2007 der Kommission vom 24.Juli 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 193/6 vom 25.Juli 2007

erhalten/beantragt habe/haben/hat:

Art der Beihilfe (1.-4.)	Antragssteller bzw. verbundenes Unternehmen (s.o.)	Datum	Zuwendungsgeber Aktenzeichen, Förderprogramm	Fördersumme (EUR)	Subventionswert (EUR)

☐ Beihilfebescheinigungen werden nachgereicht, sofern die vorgenannten Angaben nicht vollständig ausgefüllt werden können.

Weitere Angaben bitten wir in einer gesonderten Anlage zum Antrag aufzuführen.

Bei den vorstehenden Angaben ist zu kennzeichnen, welches Unternehmen die Beihilfe beantragt hat bzw. welche der vier genannten De-minimis-Beihilfen beantragt bzw. erhalten wurden.

☐ Die mit dem aktuellen Antrag beantragte Beihilfe wird mit weiteren Beihilfen für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert (Förderanträge bzw. Bewilligungsbescheide sind in der Anlage beigefügt oder werden nachgereicht).

Ich/wir verpflichte/n mich/uns, der MBG Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir/uns vor Vertragsabschluss bekannt werden.

Sonstige Zuwendungen: Ich habe/wir haben in der Vergangenheit keine Zuwendungen erhalten, die von der Europäischen Kommission für formell oder materiell rechtswidrig erklärt und eine diesbezügliche Rückforderungsentscheidung erlassen wurde.

Ort, Datum	*Unterschrift des Beteiligungsnehmers/Antragstellers*

9. Erklärung zum Migrationshintergrund der Programmteilnehmer zum Zwecke der statistischen Erhebung

Diese Seite des Antrags muss nur ausgefüllt werden, falls einer oder mehrere der Beteiligungsnehmer bzw. Antragsteller einen Migrationshintergrund haben.

Definition:
Personen mit Migrationshintergrund im Sinne der Förderung sind alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil

Beteiligungsnehmer/Antragsteller

Name, Vorname	Geboren am/in

Vorhaben	

Hiermit bestätige ich, dass ich einen Migrationshintergrund nach der oben stehenden Definition habe.

Ich bin

☐ nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert

☐ in Deutschland geborener Ausländer

☐ in Deutschland als Deutscher geboren und habe zumindest einen nach 1949 zugewanderten Elternteil

☐ in Deutschland als Deutscher geboren und habe zumindest einen als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil

Die obenstehenden persönlichen Daten werden nur zu Förderzwecken erfasst und verarbeitet. Ich willige ein, dass die von mir zur Verfügung gestellten Personen- und Sachdaten zum Zweck der Anfrage/Antragsbearbeitung, der Beteiligungsverwaltung und -abwicklung verarbeitet bzw. verwendet werden können. Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH oder andere vom Land beauftragte Stellen haben das Recht, die obenstehenden Daten zum Zwecke einer ordnungsgemäßen Verwendung der Fördermittel zu überprüfen.

Ort, Datum	*Unterschrift des Beteiligungsnehmers/Antragstellers*

10. Erklärung des Beteiligungsnehmers zur Datenverarbeitung

Mir/uns ist bekannt, dass sich die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH der elektronischen Datenverarbeitung bedient (§ 33 BDSG). Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH verarbeitet bzw. verwendet die von mir/uns zur Verfügung gestellten Personen- und Sachdaten (Daten) zum Zweck der Anfrage-/Antragsbearbeitung, der Beteiligungsverwaltung und -abwicklung, der statistischen Auswertung und, einschließlich der Adressdaten, zur Erstellung und Weiterentwicklung eines Scoring/Rating. Soweit sie sich im Rahmen einer Auftragsdatenverarbeitung externer Dienstleistungsunternehmen bedient (z.B. für EDV-Dienstleistung, Scoring-/Rating-Systeme), dürfen diese etwaige Daten nur nach Weisung der Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH zu den oben genannten Zwecken verarbeiten. Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH ist berechtigt, bei Vertragseingehung, der Beteiligungsverwaltung und zur Weiterentwicklung der Risikobewertung- und -steuerung (z.B. Rating, Scoring) Bonitätsdaten bei Dritten (z.B. Creditreform AG oder Schufa) und Stellungnahmen von im Beteiligungsverfahren beteiligten Stellen (z.B. N-Bank, Hausbank, Kammern, Verbände, Behörden der EU, des Bundes/Landes) einzuholen und zu speichern und den im Beteiligungsverfahren beteiligten Stellen Daten im Rahmen der Anfrage-/Antragsbearbeitung sowie diesbezügliche Entscheidungen und im Rahmen der Beteiligungsverwaltung und -abwicklung zu übermitteln. Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die erhobenen Daten auch über den Zeitpunkt der Abwicklung der beantragten Beteiligung bzw. im Falle der Ablehnung des Antrages für statistische Auswertungen sowie für die Bearbeitung und Abwicklung künftiger – vom Beteiligungsnehmer – zu beantragenden Beteiligungen genutzt werden können.

11. Erklärung zur Befreiung von der Verschwiegenheit

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH zur Prüfung des Beteiligungsantrages und des laufenden Beteiligungsengagements Bonitätsdaten und gutachterliche Stellungnahmen bei Dritten anfordert. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Kammern und Verbände, Hausbanken, Unternehmens-/Steuerberater sowie die Creditreform und die SCHUFA von ihren Verschwiegenheitspflichten. Ich bin einverstanden, dass bei Prüfungen im Haus der Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH durch die N-Bank, den ESF bzw. weiteren im Verfahren beteiligten Stellen, die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH von der Verschwiegenheit entbunden wird.

Ich/wir entbinde(n) die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses gem. § 30 der Abgabeordnung gegenüber den mit dem Beteiligungsverfahren bzw. mit der Verwaltung von Regressforderungen aus dem Beteiligungsengagement befassten Stellen. Die Befreiung des Steuergeheimnisses gilt bis zur Rückzahlung der Beteiligung.

12. Weitere Erklärungen des Beteiligungsnehmers

a) Ich versichere/wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit aller zu diesem Antrag gemachten Angaben.

b) Zwangsmaßnahmen jeglicher Art (z. B. eidesstattliche Versicherung, Scheck-/Wechselprotest und/oder Vergleichs-/Konkurs-/Insolvenzverfahren) sind bei mir/uns und von mir/uns beherrschten Unternehmen nicht vorgekommen/beantragt/in einer Anlage erläutert **(nicht Zutreffendes streichen)**.

c) Mir/uns ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Beteiligungsantrages ein einmaliges Bearbeitungsentgelt in Höhe von 3,5 Prozent (zzgl. etwaig anfallender Umsatzsteuer) der beantragten Beteiligungssumme zu entrichten ist und dieses Entgelt nach Genehmigung der Beteiligung durch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH fällig wird. Ich/wir erkenne(n) die Zahlungspflicht dieses bei Genehmigung fälligen Bearbeitungsentgeltes für mich/uns hiermit ausdrücklich als rechtsverbindlich an.

   Mir/uns ist darüber hinaus bekannt, dass für die Bearbeitung des Beteiligungsantrages auch bei Ablehnung des Beteiligungsantrages ein einmaliges Bearbeitungsentgelt in Höhe von 500,00 Euro (zzgl. etwaig anfallender Umsatzsteuer) zu entrichten ist und nach Ablehnung durch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH fällig wird. Ich/wir erkenne(n) die Zahlungspflicht dieses bei Ablehnung fälligen Bearbeitungsentgelts für mich/uns hiermit ausdrücklich als rechtsverbindlich an.

d) Ich habe/wir haben die folgenden Antragsvoraussetzungen für die Gewährung einer Beteiligung zur Kenntnis genommen und bestätige(n), dass diese nach meiner/unserer Einschätzung vorliegen.

Antragsvoraussetzung	**Bestehende Unternehmen**	**Gründer**
Zielgruppe: Kleinst- und Kleinunternehmen	**Definition Kleinstunternehmen:** Beschäftigte max. 10 und Umsatz max. 2 Mio. € oder Bilanzsumme max. 2 Mio. € **Definition Kleinunternehmen:** Beschäftigte max. 50 und Umsatz max. 10 Mio. € oder Bilanzsumme max. 10 Mio. €	
Eigenkapital	**Positives wirtschaftliches Eigenkapital**	
Jahresergebnis	**Positives Jahresergebnis**	
Beihilfe	Keine Unternehmen in Schwierigkeiten, keine Sanierungen	
Mittelverwendung	Es werden keine bestehenden Finanzierungen abgelöst.	
Maximalbetrag	50.000 €	

Ort, Datum	*Unterschrift des Beteiligungsnehmers/Antragstellers*